



Öffentliche Meinung zum Umgang mit Rechtsextremismus im Kontext der Correctiv-Recherchen

Bericht erstellt für Campact e. V.

01/2024



Bevölkerungsrepräsentative bundesweite Online-Befragung



Erhebungszeitraum:
19.-22.01.2024



Erhebungsmethode:
Online-Befragung / CAWI
(Computer-Assisted Web
Interview)



Fallzahl:
n=1.530
Wahlberechtigte
ab 18 Jahren bundesweit

- Durchschnittliche Interviewlänge: **10 Minuten**
- Daten sind **gemäß der amtlichen Statistik gewichtet**, um Repräsentativität der Ergebnisse zu gewährleisten.
- Maximale **Fehlertoleranz** für n=1.530 bei einem 95%-Konfidenzintervall: +/-2,5 Prozentpunkte
- Differenzen zu 100% können sich im Folgenden durch Rundungen oder nicht dargestellte Werte ergeben.

Sampleübersicht: Repräsentative Befragung Wahlberechtigter ab 18 Jahren bundesweit

Bundesland	Anteil ¹	n ²
Total	100%	1.530
Baden-Württemberg	13%	201
Bayern	16%	252
Berlin	4%	68
Brandenburg	3%	44
Bremen	1%	12
Hamburg	2%	38
Hessen	7%	95
Mecklenburg-Vorpommern	2%	35
Niedersachsen	10%	140
Nordrhein-Westfalen	21%	323
Rheinland-Pfalz	5%	80
Saarland	1%	25
Sachsen	5%	79
Sachsen-Anhalt	3%	36
Schleswig-Holstein	4%	59
Thüringen	3%	43

Alter nach Geschlecht ¹	Anteil ¹	n ²
Total	100%	1.530
18–29 weiblich	7%	119
30–39 weiblich	7%	90
40–49 weiblich	7%	96
50–59 weiblich	9%	147
60–69 weiblich	9%	142
70 und älter weiblich	12%	197
TOTAL weiblich	51%	791
18–29 männlich	7%	117
30–39 männlich	7%	96
40–49 männlich	7%	103
50–59 männlich	9%	134
60–69 männlich	8%	132
70 und älter männlich	9%	152
TOTAL männlich	47%	734
divers	<1%	5

Höchster Schulabschluss	Anteil ¹	n ²
Total	100%	1.530
noch in schulischer Ausbildung	1%	10
Haupt- oder Volksschulabschluss	32%	518
Realschulabschluss / Abschluss der polytechnischen Oberschule	33%	505
Fachhochschulreife oder Hochschulreife / (Fach-)Abitur	34%	478
kein Schulabschluss	1%	17
keine Angabe	<1%	2

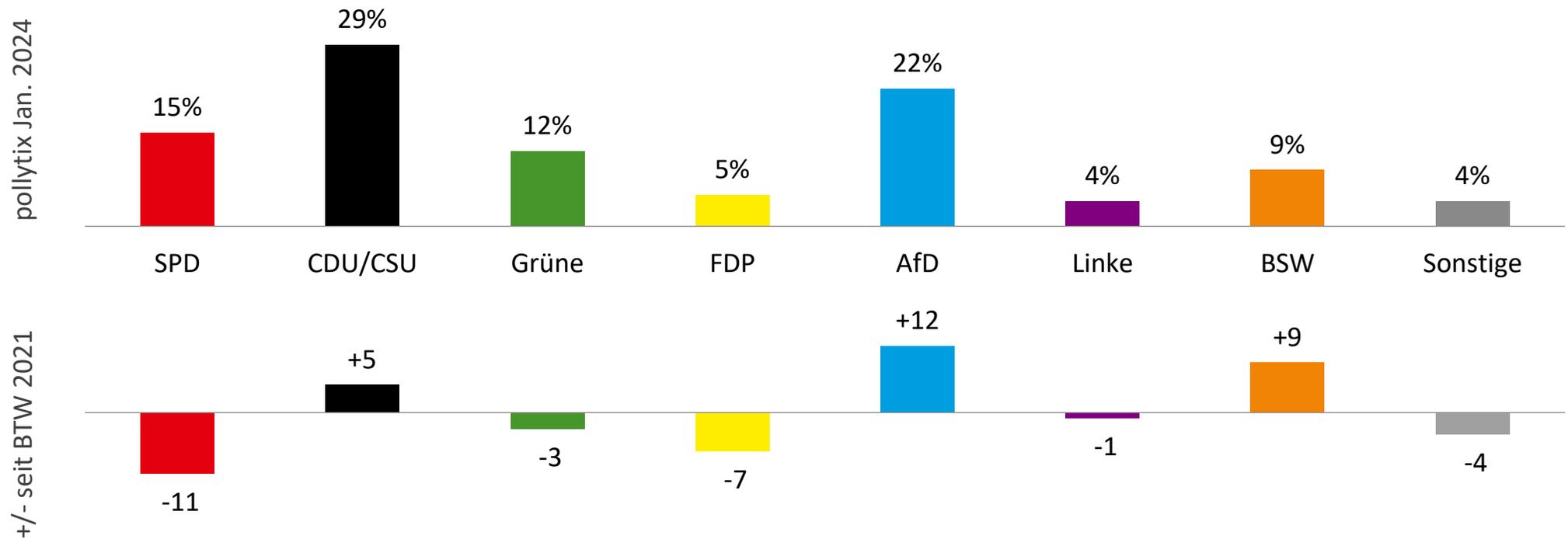
¹ Anteil in Bezug auf das gemäß amtlicher Statistik gewichtete Gesamtsample.

² n bezieht sich auf die Anzahl der absolut erhobenen Fälle.

Abweichungen von 100% rundungsbedingt.

CDU/CSU in aktueller Sonntagfrage stärkste Kraft; alle Ampel-Parteien mit deutlichen Verlusten ggü. letzter Bundestagswahl

Welche Partei würden Sie wählen, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre?

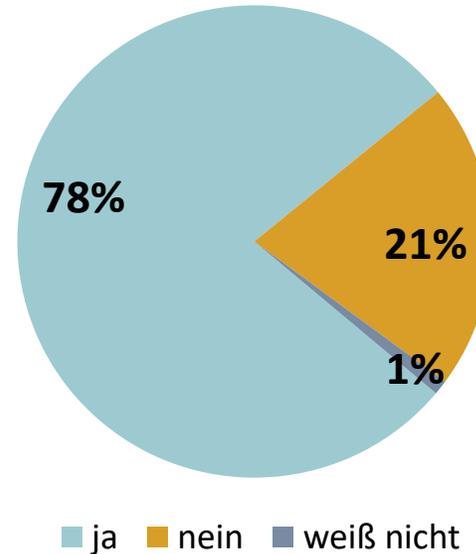


Basis: alle Wahlberechtigten, die eine Wahlabsicht nennen. Abweichungen rundungsbedingt.

Fast 4 von 5 Wahlberechtigten haben von den Berichten rund um die Recherchen von Correctiv gehört oder gelesen

Kürzlich gab es Berichte des Recherchezentrums Correctiv über ein Geheimgespräch von Rechtsextremen, hochrangigen AfD-Politikern und Vertretern anderer Organisationen, bei dem die Vertreibung von Millionen Menschen mit Migrationshintergrund aus Deutschland diskutiert wurde.

Haben Sie von diesen Berichten gehört oder gelesen?



Basis: alle Wahlberechtigten.

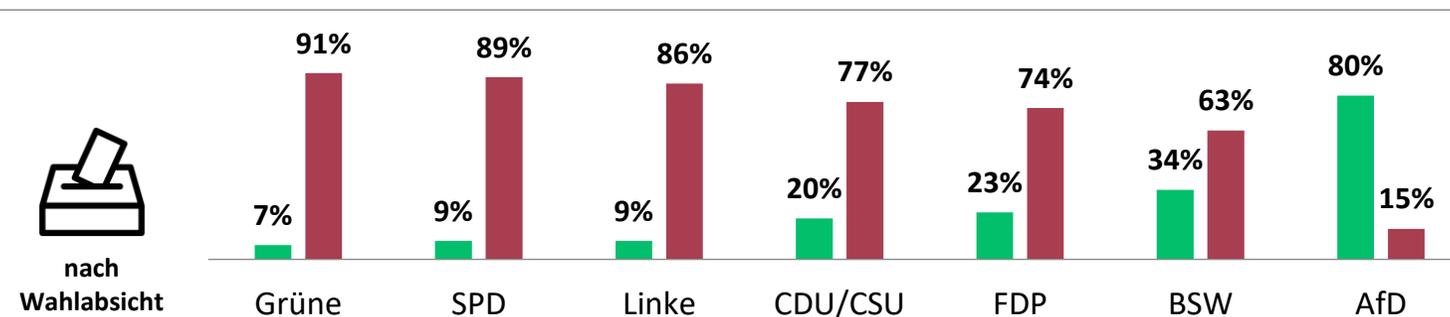
Rund zwei Drittel sind bezüglich der besprochenen Inhalte besorgt

Nach allem, was sie gehört oder gelesen haben, ...

■ überhaupt nicht besorgt ■ eher nicht besorgt ■ eher besorgt ■ sehr besorgt



von den Recherchen gehört oder gelesen: → 68% eher/sehr besorgt
 von den Recherchen nicht gehört oder gelesen: → 51% eher/sehr besorgt

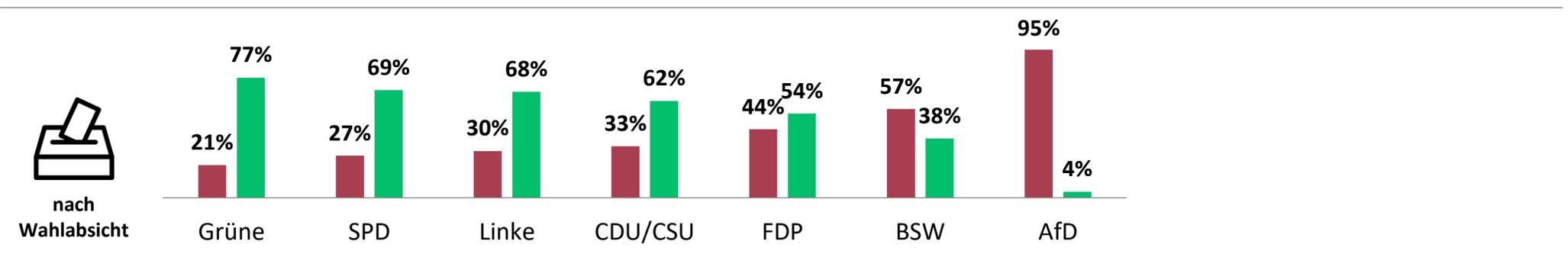
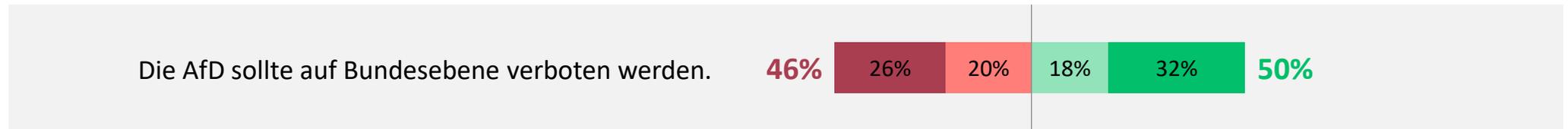


Basis: alle Wahlberechtigten. Fehlende Werte: weiß nicht.
 Vorsicht: z.T. kleine Fallzahl in Subgruppen.

Eine knappe Mehrheit der Wähler*innen ist für ein bundesweites Verbot der AfD

Seitdem gab es Diskussionen darüber, wie Rechtsextremismus bekämpft werden soll. Wie bewerten Sie jeweils die folgenden Ideen?

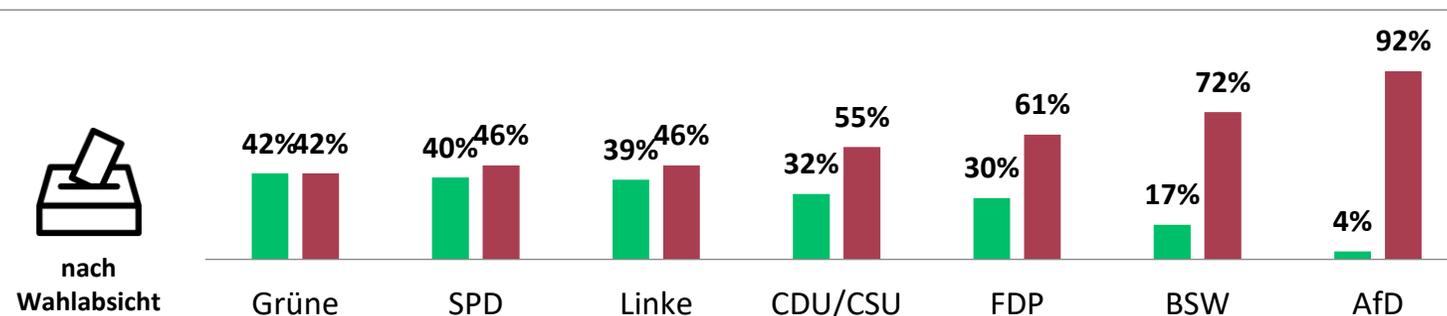
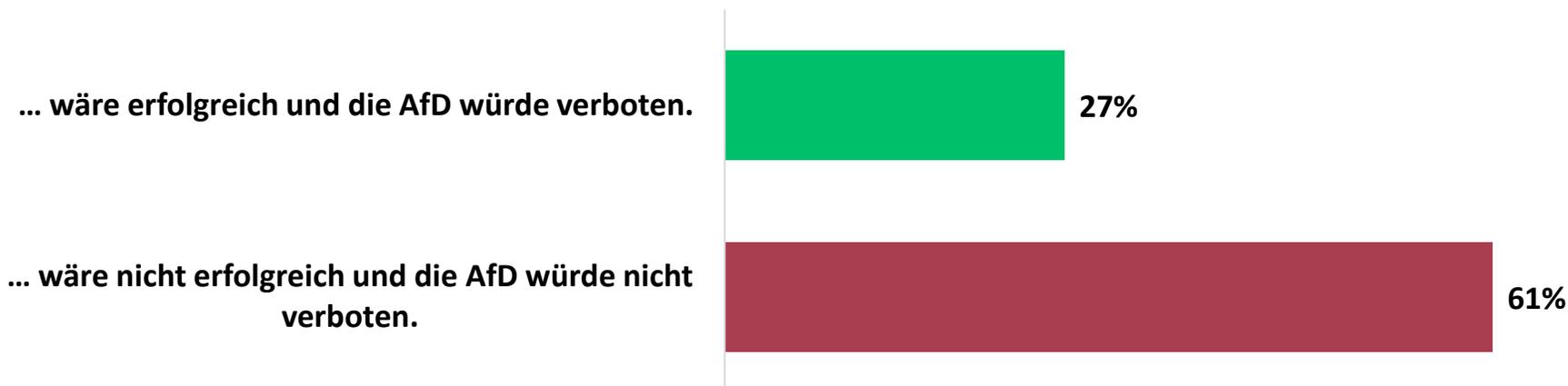
■ sehr schlechte Idee ■ eher schlechte Idee ■ eher gute Idee ■ sehr gute Idee



Basis: alle Wahlberechtigten. Fehlende Werte: weiß nicht.
Vorsicht: z.T. kleine Fallzahl in Subgruppen.

Nur ca. jede*r Vierte glaubt, dass ein Parteiverbotsverfahren gegen die AfD auf Bundesebene erfolgreich wäre

Glauben Sie, ein Parteiverbotsverfahren der AfD auf Bundesebene ...



Basis: alle Wahlberechtigten. Fehlende Werte: weiß nicht.
 Vorsicht: z.T. kleine Fallzahl in Subgruppen.

Wer die Erfolgsaussichten eines Parteiverbots auf Bundesebene positiv beurteilt, hält ein AfD-Verbot eher für eine gute Idee

		Glauben Sie, ein Parteiverbotsverfahren der AfD auf Bundesebene ...		
		... wäre erfolgreich und die AfD würde verboten.	... wäre nicht erfolgreich und die AfD würde nicht verboten.	weiß nicht
Wie bewerten Sie jeweils die folgenden Ideen? >> Die AfD sollte auf Bundesebene verboten werden.	eher/sehr gute Idee	90%	29%	66%
	eher/sehr schlechte Idee	9%	69%	19%
	weiß nicht	1%	3%	14%

Spaltenprozentage: Die Prozentwerte summieren sich in jeder Spalte auf 100%!



Lesebeispiel: 90 Prozent derjenigen, die annehmen, dass ein Parteiverbotsverfahren der AfD auf Bundesebene erfolgreich wäre, halten ein solches Verbot für eine gute Idee.

Basis: alle Wahlberechtigten. Abweichungen rundungsbedingt.

Zwischen den Wähler*innen der Parteien bestehen große Unterschiede bei der Bewertung rechtlicher Schritte gegen die AfD

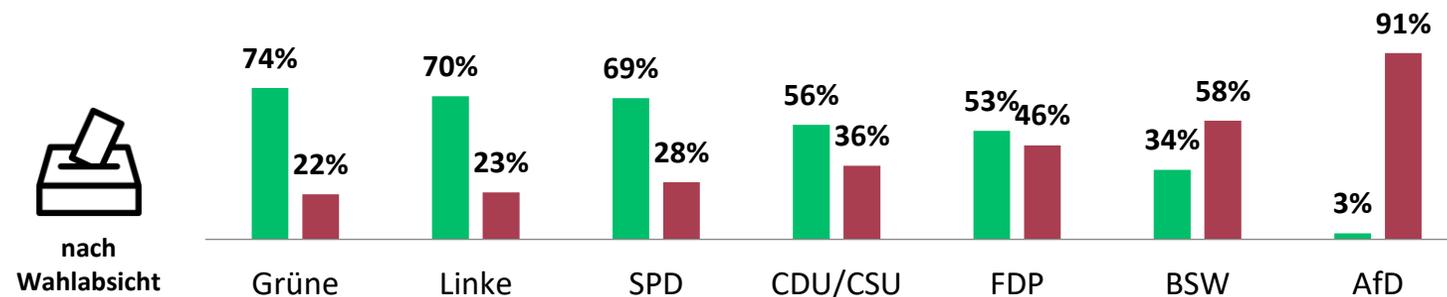
Bitte geben Sie jeweils an, welcher der beiden Sichtweisen Sie eher zustimmen.

46%

Die **AfD** verhält sich nicht wie eine demokratische Partei und ist nicht an Lösungen interessiert. Sie **inhaltlich zu bekämpfen reicht** daher **nicht mehr aus**, es müssen auch rechtliche Wege wie ein **Verbotsverfahren** geprüft werden.

46%

In einer Demokratie sollten Parteien die **AfD** weiter **ausschließlich inhaltlich stellen**, im Wettstreit um die besten Argumente und Lösungen für das Land.



Basis: alle Wahlberechtigten. Fehlende Werte: weiß nicht.
Vorsicht: z.T. kleine Fallzahl in Subgruppen.

Eine knappe Mehrheit der meisten Wähler*innen hält ein AfD-Verbotsverfahren für notwendig

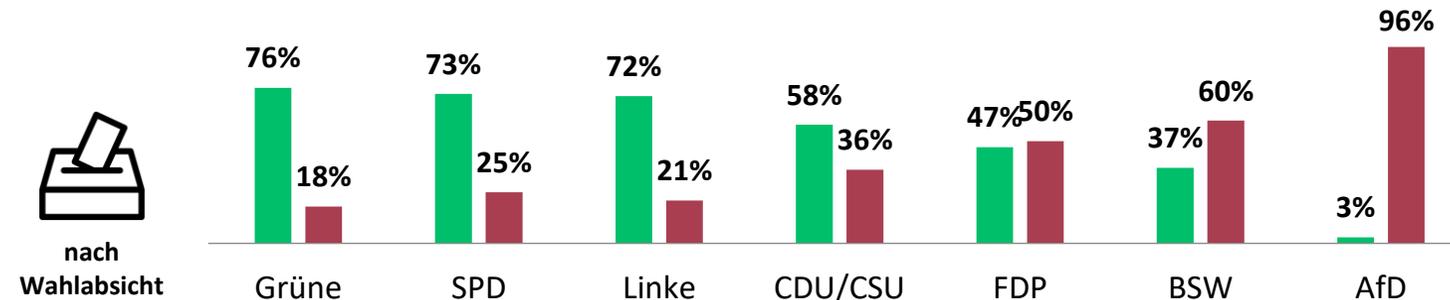
Bitte geben Sie jeweils an, welcher der beiden Sichtweisen Sie eher zustimmen.

48%

Ein **Verbotsverfahren** gegen die AfD **ist notwendig**, weil sie verfassungsfeindliche, rechtsextreme und demokratiefeindliche Ansichten hat.

47%

Ein **Verbotsverfahren** gegen die AfD **ist unfair** und zeigt nur die Hilflosigkeit der Politik, sich gegen die AfD zu wehren.



Basis: alle Wahlberechtigten. Fehlende Werte: weiß nicht.
Vorsicht: z.T. kleine Fallzahl in Subgruppen.

Verbot der AfD-Landesverbände in Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt erhält parteiübergreifend Zuspruch

Seitdem gab es Diskussionen darüber, wie Rechtsextremismus bekämpft werden soll. Wie bewerten Sie jeweils die folgenden Ideen?

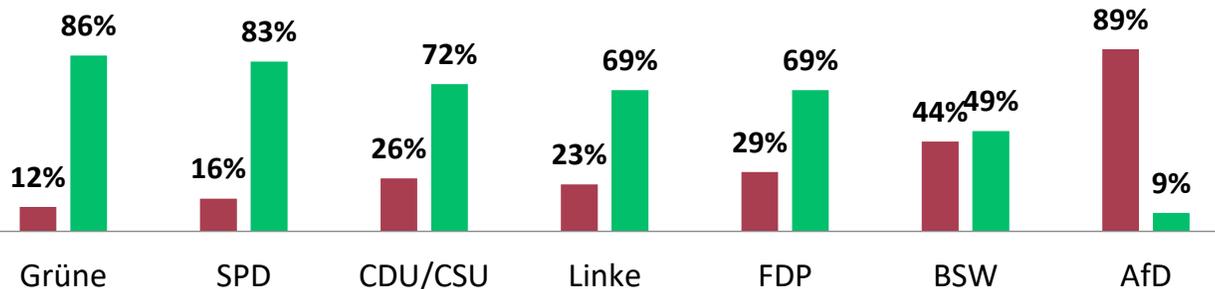
■ sehr schlechte Idee ■ eher schlechte Idee ■ eher gute Idee ■ sehr gute Idee

Die AfD Landesverbände in Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt, die durch den Verfassungsschutz bereits als gesichert rechtsextremistisch eingestuft wurden, sollten verboten werden.

38% 19% 19% 22% 37% 59%



nach
Wahlabsicht



Basis: alle Wahlberechtigten. Fehlende Werte: weiß nicht.
Vorsicht: z.T. kleine Fallzahl in Subgruppen.

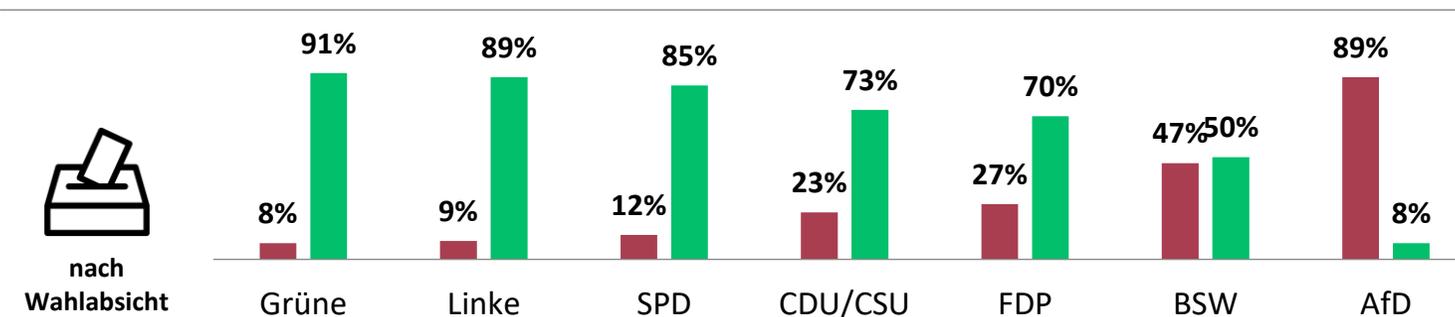
Deutliche Mehrheit lehnt Zusammenarbeit demokratischer Parteien mit der AfD ab – auch CDU/CSU- und FDP-Wähler*innen

Seitdem gab es Diskussionen darüber, wie Rechtsextremismus bekämpft werden soll. Wie bewerten Sie jeweils die folgenden Ideen?

■ sehr schlechte Idee ■ eher schlechte Idee ■ eher gute Idee ■ sehr gute Idee

Demokratische Parteien sollten sich verpflichten, nicht mit der AfD zusammen zu arbeiten.

36% 21% 15% 19% 41% 60%



Basis: alle Wahlberechtigten. Fehlende Werte: weiß nicht.
Vorsicht: z.T. kleine Fallzahl in Subgruppen.

Eine Mehrheit stimmt zu, dass CDU und CSU sich stärker von der AfD abgrenzen sollten – auch unter den eigenen Wähler*innen

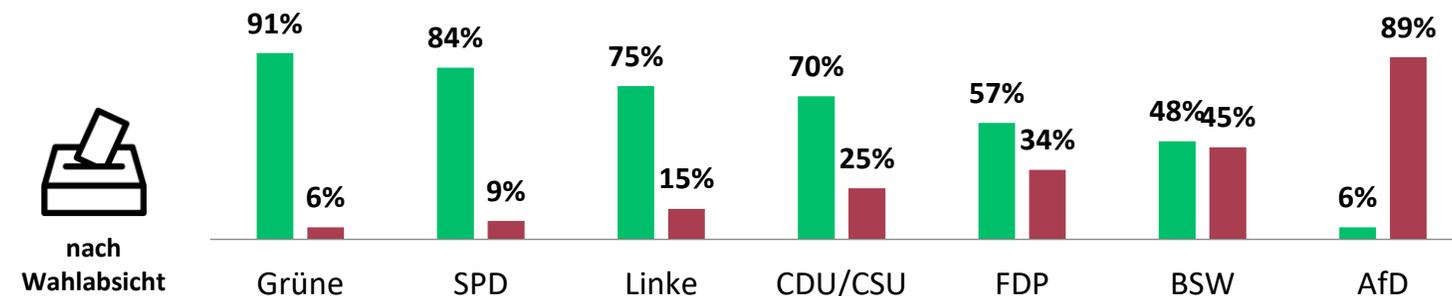
Bitte geben Sie jeweils an, welcher der beiden Sichtweisen Sie eher zustimmen.

56%

CDU und CSU sollten sich stärker von der AfD abgrenzen und auch dann nicht mit der AfD zusammen für etwas stimmen, wenn sie selbst dafür sind.

36%

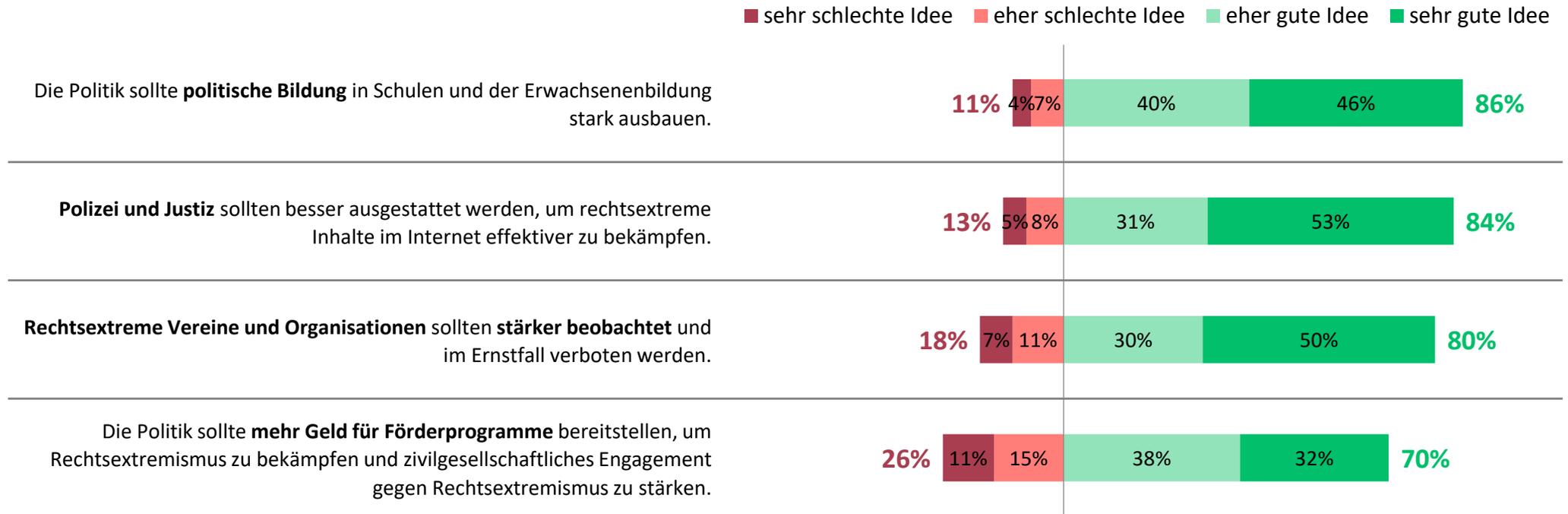
CDU und CSU sollten gemeinsam mit der AfD abstimmen und gemeinsame Mehrheiten nutzen, wenn sie inhaltlich mit ihr übereinstimmen.



Basis: alle Wahlberechtigten. Fehlende Werte: weiß nicht.
Vorsicht: z.T. kleine Fallzahl in Subgruppen.

Maßnahmen der Politik gegen Rechtsextremismus finden breite Zustimmung

Seitdem gab es Diskussionen darüber, wie Rechtsextremismus bekämpft werden soll. Wie bewerten Sie jeweils die folgenden Ideen?



Basis: alle Wahlberechtigten. Fehlende Werte: weiß nicht.

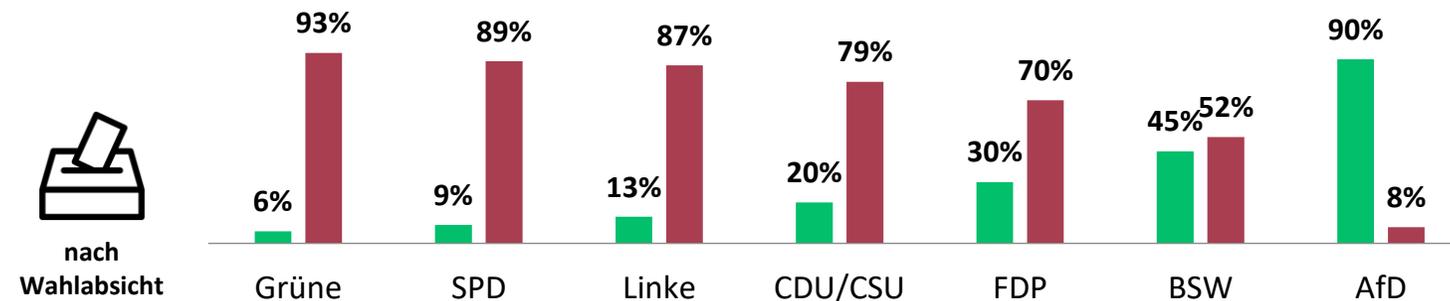
Fast zwei Drittel sind besorgt, dass die AfD 2024 bei einer der ost-deutschen Landtagswahlen stärkste Partei werden könnte

Wie besorgt sind Sie darüber, dass die AfD ...

■ überhaupt nicht besorgt ■ eher nicht besorgt ■ eher besorgt ■ sehr besorgt

... bei einer der Landtagswahlen 2024 in Thüringen, Sachsen oder Brandenburg stärkste Partei werden könnte.

35% 19% 16% 18% 45% 63%



Basis: alle Wahlberechtigten. Fehlende Werte: weiß nicht.
Vorsicht: z.T. kleine Fallzahl in Subgruppen.

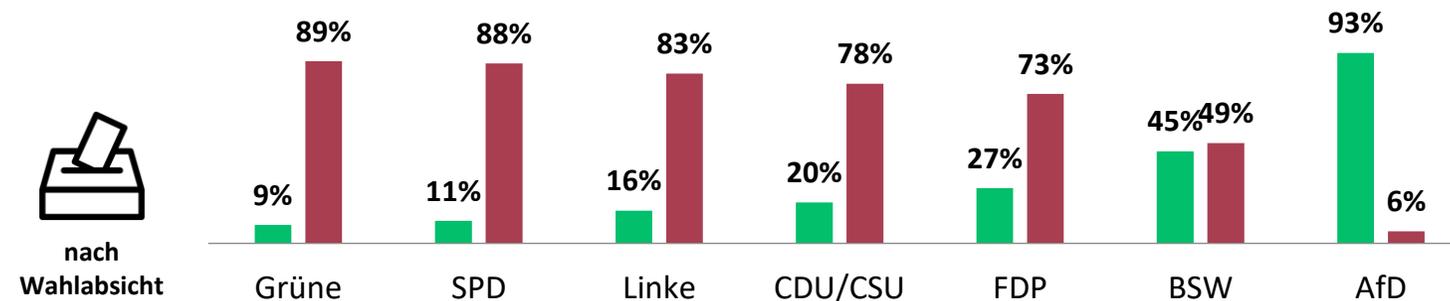
Mehrheit der Bürger*innen hat Sorge vor einer AfD-Regierungsbeteiligung nach den Landtagswahlen

Wie besorgt sind Sie darüber, dass die AfD ...

■ überhaupt nicht besorgt ■ eher nicht besorgt ■ eher besorgt ■ sehr besorgt

... nach einer der Landtagswahlen 2024 in Thüringen, Sachsen oder Brandenburg an der Regierung beteiligt werden könnte.

37% 19% 18% 20% 41% 61%



Basis: alle Wahlberechtigten. Fehlende Werte: weiß nicht.
Vorsicht: z.T. kleine Fallzahl in Subgruppen.

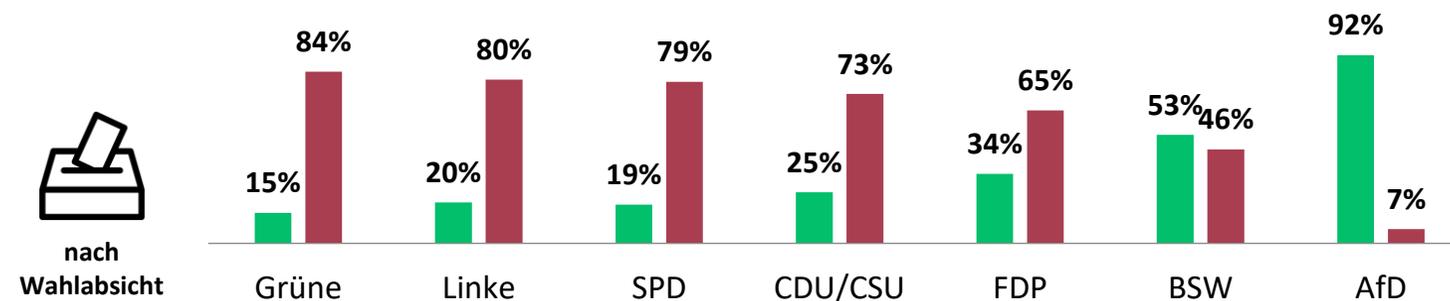
Dass die AfD nach der Bundestagswahl 2025 Teil der Bundesregierung werden könnte, bereitet einer Mehrheit Sorge

Wie besorgt sind Sie darüber, dass die AfD ...

■ überhaupt nicht besorgt ■ eher nicht besorgt ■ eher besorgt ■ sehr besorgt

... nach der Bundestagswahl 2025 Teil der Bundesregierung werden könnte.

40% 21% 19% 18% 40% 58%

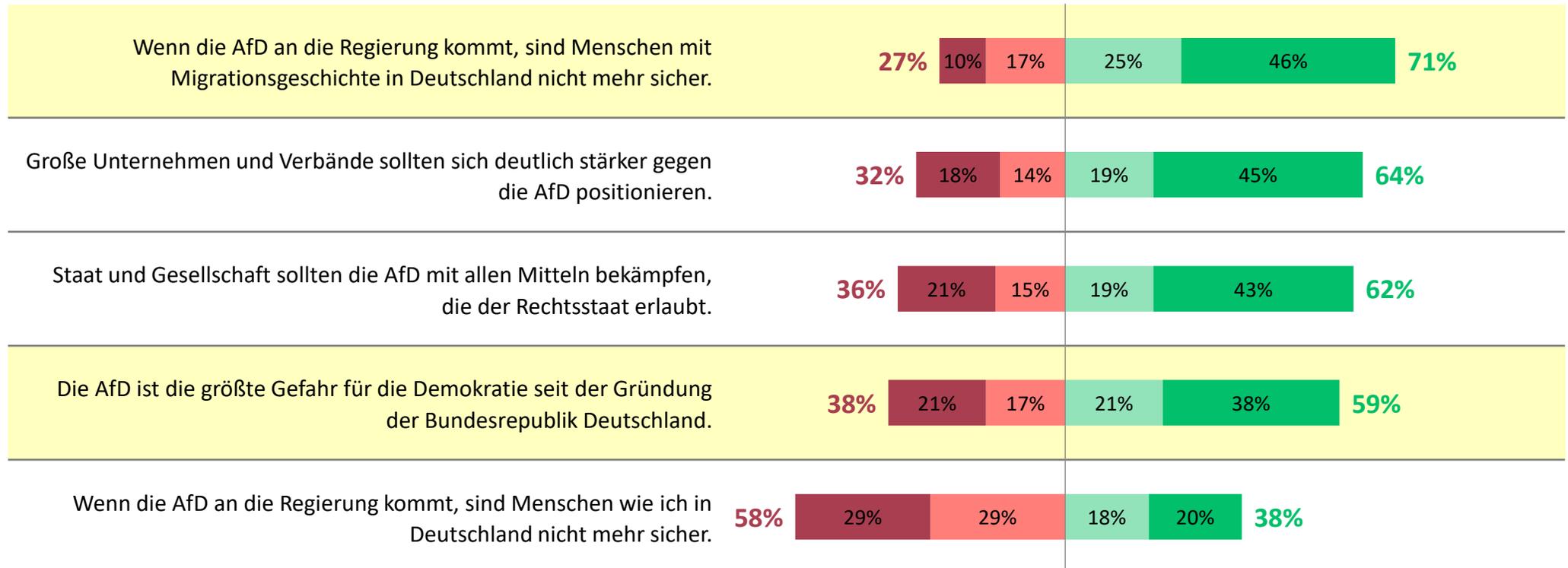


Basis: alle Wahlberechtigten. Fehlende Werte: weiß nicht.
Vorsicht: z.T. kleine Fallzahl in Subgruppen.

Die AfD gilt einer Mehrheit als größte Gefahr für die Demokratie – über 70 Prozent sorgen sich um Menschen mit Migrationsgeschichte

Inwiefern stimmen Sie den folgenden Aussagen jeweils zu?

■ stimme überhaupt nicht zu ■ stimme eher zu
■ stimme eher nicht zu ■ stimme voll und ganz zu



Basis: alle Wahlberechtigten. Fehlende Werte: weiß nicht.

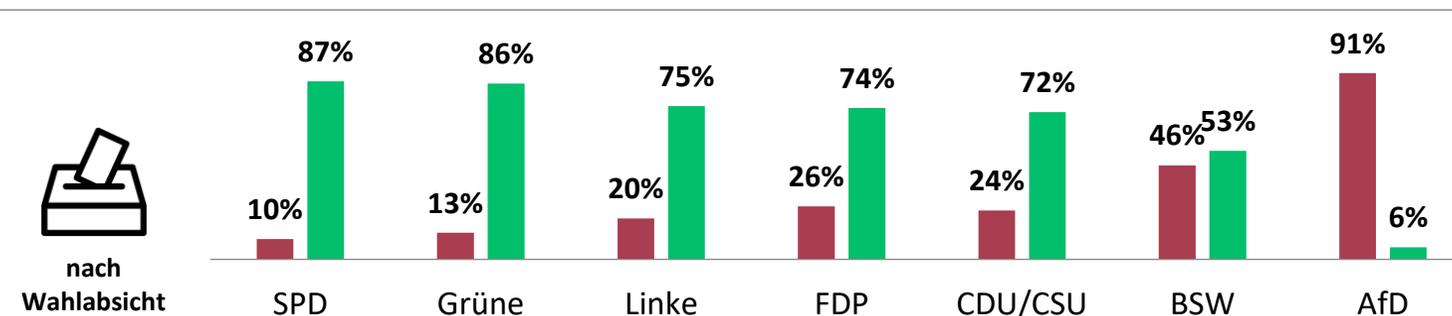
Parteiübergreifend wird die AfD als größte Bedrohung für die Demokratie in Deutschland gesehen

Inwiefern stimmen Sie den folgenden Aussagen jeweils zu?

■ stimme überhaupt nicht zu ■ stimme eher zu
■ stimme eher nicht zu ■ stimme voll und ganz zu

Die AfD ist die größte Gefahr für die Demokratie seit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland.

38% 21% 17% 21% 38% 59%



Basis: alle Wahlberechtigten. Fehlende Werte: weiß nicht.
 Vorsicht: z.T. kleine Fallzahl in Subgruppen.

Sorge um Sicherheit von Menschen mit Migrationshintergrund bei Wähler*innen aller Parteien, mit Ausnahme der AfD, weit verbreitet

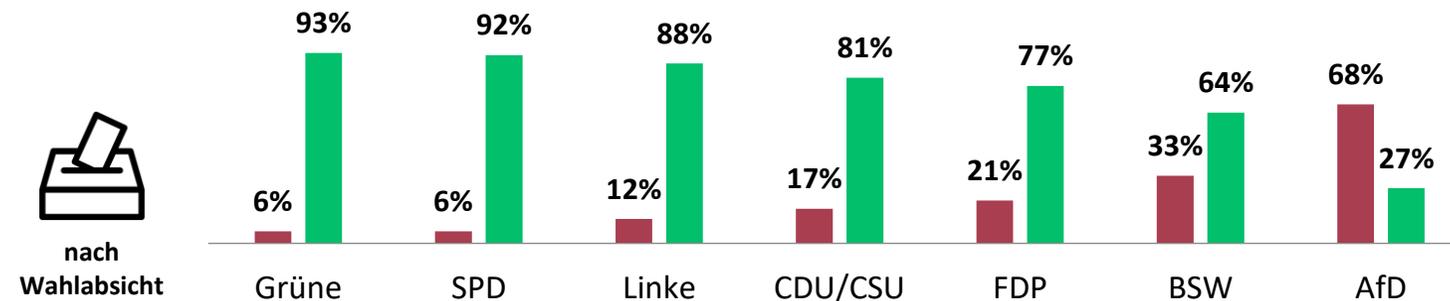
Inwiefern stimmen Sie den folgenden Aussagen jeweils zu?

■ stimme überhaupt nicht zu ■ stimme eher zu
■ stimme eher nicht zu ■ stimme voll und ganz zu

Wenn die AfD an die Regierung kommt, sind Menschen mit Migrationsgeschichte in Deutschland nicht mehr sicher.



Menschen mit Migrationshintergrund: → 75% stimme eher/stimme voll und ganz zu
 Menschen mit sichtbarem Migrationshintergrund: → 83% stimme eher/stimme voll und ganz zu



Basis: alle Wahlberechtigten. Fehlende Werte: weiß nicht.
 Vorsicht: z.T. kleine Fallzahl in Subgruppen.



Ansprechpartner:

lukas bernhard
lukas.bernhard@pollytix.de

rainer faus
rainer.faus@pollytix.de

pollytix strategic research gmbh
dolziger straÙe 7
10247 berlin